

**Diskussionspapier zum SOEB-Werkstattgespräch 5:
Arbeit und Lebensweisen
im Spiegel der Haushaltsökonomie**

Göttingen, 16./17.Mai 2006

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir bedanken uns für Ihre Bereitschaft, an unserem fünften Werkstattgespräch zur sozioökonomischen Berichterstattung mitzuwirken. Auf den folgenden Seiten möchten wir Ihnen zu Ihrer Vorbereitung die Grundzüge der sozioökonomischen Berichterstattung (Pkt. 1) sowie die inhaltliche Verankerung des Themenschwerpunkts „Haushaltsökonomie“ (Pkt. 2) vorstellen. Daran anschließend (Pkt. 3) haben wir die Fragen zusammengestellt, zu denen wir uns im Rahmen dieser Veranstaltung Beratung, kritische Anregungen und neue Ideen erhoffen.

Soweit Sie im Rahmen des Werkstattgesprächs einen Beitrag (in der Regel etwa 25 Minuten) zugesagt haben, verstehen Sie bitte die folgenden Überlegungen eher als Anregung, als Interessenbekundung und als Hinweis auf Ergebnisse des ersten Berichts zur sozioökonomischen Entwicklung, die Sie bei Ihrer Vorbereitung berücksichtigen könnten. Selbstverständlich gibt es keine verbindliche Vorgabe für Ihre Beiträge und sollen die von uns formulierten Fragen nicht „1:1“ abgearbeitet werden. Auch erwarten wir nicht, dass das teilweise sehr umfangreiche empirische Material, auf das man sich bei ihrer Beantwortung stützen könnte, in den Beiträgen umfassend aufgegriffen wird. Wir veranstalten eben keine Konferenz, sondern ein Werkstattgespräch – es geht also nicht um Ergebnispräsentation, sondern um eine spezifische Form kollegialer Beratung.

Tatjana Fuchs (INIFES)
Peter Bartelheimer (SOFI)

Warum Werkstattgespräche?

In den Jahren 2000 bis 2004 förderte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in einem sozialwissenschaftlichen Verbundvorhaben die Entwicklung eines sozioökonomischen Berichtsansatzes für die Bundesrepublik Deutschland. Zum Verbund gehörten das Soziologische Forschungsinstitut, Göttingen (SOFI), das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg (IAB), das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, München (ISF München) und das Internationale Institut für empirische Sozialökonomie, Stadtbergen (INIFES); die Projektleitung lag beim SOFI.

Ergebnis des Projekts war der erste Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands – Arbeit und Lebensweisen (im Folgenden: SOEB I), der am 18. Februar 2004 in erster Fassung auf einer Fachtagung in Berlin vorgestellt und im Sommer 2005 in einer erneut überarbeiteten Buchfassung veröffentlicht wurde (SOFI u.a. 2005). Im Herbst 2005 nahmen drei dieser Institute – SOFI, ISF München, INIFES – mit Förderung des BMBF die Arbeit an einem zweiten Bericht (im Folgenden: SOEB II) auf, der im Spätsommer 2008 vorliegen soll.

Die Werkstattgespräche sollen diese Arbeit durch fachöffentliche, kollegiale Beratung begleiten. Blieb die Selbstverständigung über Konzepte und Methoden in der Arbeit am ersten Bericht auf den Forschungsverbund beschränkt, sollen nun Expertinnen und Experten, die andere Forschungs- und Berichtsansätze, Bestände an Wirtschafts- und Sozialdaten, aber auch Akteursperspektiven in Politik und Gesellschaft repräsentieren, frühzeitig in die Diskussion über die Weiterentwicklung dieses Berichtsansatzes einbezogen werden. In den Werkstattgesprächen soll der Diskussions- und Arbeitsstand präsentiert werden, den das Projekt erreicht hat. Zugleich soll offen und kritisch über Fragen und Probleme gesprochen werden, die mit dem ersten Bericht nicht gelöst wurden.

Mit dem neuen Veranstaltungsformat der Werkstattgespräche verfolgt der Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung drei Ziele:

- *Konzepte, Schwerpunkte und Themen für den zweiten Bericht frühzeitig in einem erweiterten Kreis zu beraten:* Auch integrierte Sozialberichterstattung kommt nicht ohne Themenauswahl aus. Welchen thematischen Zuschnitt der zweite Bericht hat, ergibt sich für uns noch nicht zwingend aus dem ersten. Wie gute Forschung, so beginnt auch gute Berichterstattung mit den richtigen gültige Auswahl der zu behandelnden Themen und ihre Bearbeitung sollen dann konsequenter als im ersten Bericht durch integrierende theoretische Konzepte angeleitet werden.

- *Das Verhältnis zu anderen Berichtsansätzen zu klären.* Sozialberichterstattung ist heute ein verzweigtes Feld anwendungsorientierter Sozialwissenschaft. Zu einer ‚geregelten Nachbarschaft‘ der sozioökonomischen Berichterstattung zu anderen Berichtsansätzen gehört für uns, Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Wahl der Gegenstände, bei der Nutzung der Dateninfrastruktur und bei den Beobachtungskonzepten zu erörtern sowie Ergebnisse untereinander auszutauschen und zu kommentieren.
- *Datenbasis und Kooperationsbeziehungen zu verbreitern:* Der Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung versteht sich nicht als geschlossene Gesellschaft. Es liegt in seinem Interesse, mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und datenhaltenden Institutionen Felder gemeinsamen Interesses bei der besseren Nutzung der Dateninfrastruktur zu identifizieren und hierbei zu kooperieren.

Die Ergebnisse der Werkstattgespräche sollen auf der Website des Forschungsverbunds dokumentiert werden. Erst nach Abschluss der Werkstattgespräche werden die Gliederung und die Arbeitsplanung für den zweiten Bericht im Einvernehmen mit einem vom BMBF zu berufenden wissenschaftlichen Beirat endgültig festgelegt.

1. Umbruch des Produktions- und Sozialmodells als Gegenstand von Berichterstattung

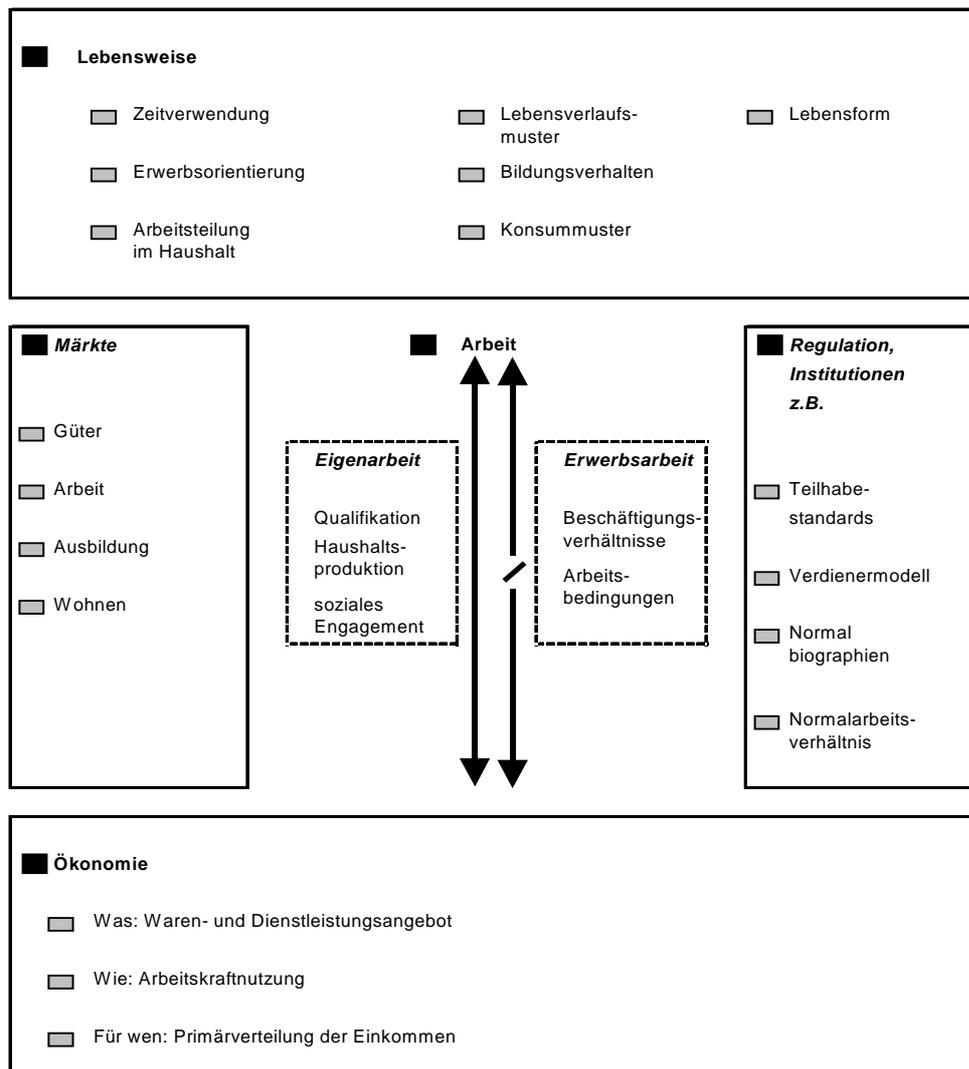
Der sozioökonomische Berichtsansatz steht für eine thematische Erweiterung im Arbeitsprogramm der Sozialberichterstattung. Nach der ‚klassischen‘ Definition von Zapf (1978) sollten Sozialberichte die Wirtschaftsberichterstattung ergänzen und verändern: ergänzen ‚um die Analyse der einzelnen Lebens- und Politikbereiche, die unmittelbar für die Lebensbedingungen der Bürger relevant sind‘, und verändern ‚durch eine Perspektive, in der Wachstumsraten und ökonomische Effizienz nicht mehr die dominierenden Ziele sind, sondern nunmehr neben anderen gesellschaftspolitischen Zielen stehen‘.

Auch im Mittelpunkt der sozioökonomischen Berichterstattung soll stehen, wie Menschen arbeiten und leben. Doch heute erscheint das Verhältnis von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung viel spannungsreicher als in den 70er Jahren. Im Zusammenspiel der ‚Wohlfahrtsproduzenten‘ Markt, Staat und private Haushalte nehmen Störungen zu. Daher erscheint es heute wesentlich schwieriger, Berichterstattung auf die Messung von ‚Outputs‘, also von Ergebnissen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse für die Wohlfahrt von Individuen zu beschränken und von der ‚Entstehungsseite‘ (den ökonomischen ‚Inputs‘) und vom Kontext der Institutionen abzusehen, die Ökonomie und Gesellschaft regulieren. Der sozioökonomische Berichtsansatz soll daher auch die Beiträge ökonomischer Akteure (Unternehmen

und Haushalte), des Sozialstaats und des gesellschaftlichen Institutionensystems wie deren Wechselwirkungen untereinander in die Beobachtung einbeziehen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie sich Veränderungen in Ökonomie und Lebensweise wechselseitig beeinflussen.

Eine solche Berichterstattung benötigt theoretische Annahmen über Gesellschaft als sozioökonomischen Entwicklungszusammenhang. Was in der Arbeit am ersten Bericht hierzu an Verständigung geleistet wurde, ist in der Übersicht 1 (SOEB I: S. 55) zusammengefasst. Die beiden Pole „Ökonomie“ (es könnte auch heißen: Produktionsweise) und „Lebensweise“ stehen für zwei verschiedene „Antriebskräfte“ gesellschaftlicher Entwicklung. Wie ein Haushalt auf der Mikroebene, so bildet die Gesellschaft als Ganzes einen sozioökonomischen Entwicklungszusammenhang, der die ökonomischen Motive der Wirtschaftssubjekte (Unternehmen wie Haushalte) und die individuellen Bedürfnisse und Lebensziele sozial handelnder Gesellschaftsglieder mehr oder weniger gut in Einklang bringt. Die Beziehungen zwischen diesen beiden Polen werden durch Arbeit (Eigenarbeit und Erwerbsarbeit) vermittelt, und deren gesellschaftliche Organisation steht im Mittelpunkt unserer Modellüberlegungen. Diese Vermittlung erfolgt zum einen über Märkte: Angebot und Nachfrage nach Erwerbsarbeit treffen sich auf dem Arbeitsmarkt, Qualifikationen werden wenigstens zum Teil auf einem besonderen Ausbildungsmarkt erworben. Auch Eigenarbeit von Haushalten setzt voraus, dass diese bestimmte Waren und Dienstleistungen auf Gütermärkten beziehen und sich auf dem Wohnungsmarkt mit Wohnraum versorgen. Sie erfolgt zum anderen über regulierende Eingriffe staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen, die den Arbeitsmarkt, die Güter- und Dienstleistungsmärkte, die Unternehmensorganisation oder eben die Lebensweise zum Gegenstand haben und für Unternehmen wie Haushalte einen Handlungsrahmen strukturieren.

Übersicht 1: Sozioökonomische Entwicklung: Arbeit und Lebensweise (SOEB I: S. 55)



Diese Auffassung von Gesellschaft als sozioökonomischer Entwicklungszusammenhang stellt zunächst eine Absage an den derzeit auch in den Sozialwissenschaften herrschenden Ökonomismus dar. Gesellschaftliche Lebensweisen sind kein passives Produkt der Ökonomie, und zwischen diesen beiden Polen besteht kein einseitig gerichteter, sondern ein wechselseitiger Ursache-Wirkungs-Zusammenhang. Innovationen, Investitionen und Unternehmensstrategien treiben Veränderungen der Gesellschaft von der ökonomischen Seite an, und dies ist sicher in letzter Instanz bestimmend. Aber auch von Veränderungen der Lebensweise können Impulse ausgehen, die Anpassungen seitens des ökonomischen Systems provozieren. Beide Sphären gesellschaftlicher Reproduktion entwickeln sich in Abhängigkeit voneinander, aber nach relativ autonomen Logiken. Subjektive Interessen und Motive gesellschaftlicher Akteure liefern wesentliche Antriebskräfte für die sozioökonomische Entwicklung.

Bei dieser Sichtweise erweisen sich viele Gegenstände der Berichterstattung als sowohl der Produktions- wie der Lebensweise angehörig. Ökonomische und soziale Tatsachen kön-

nen je nach Perspektive als bedingende oder bedingte Faktoren aufgefasst werden. Dies gilt vor allem für die zentralen Kategorien der Arbeit und des Konsums. An ihnen zeigt sich, dass die Attribute „ökonomisch“ und „sozial“ im sozioökonomischen Berichtsansatz nicht getrennte Beobachtungsbereiche bezeichnen, sondern verschiedene Motive für die gleichen Vorgänge, verschiedene Perspektiven auf die gleichen Gegenstände. Erwerbsarbeit ist doppelt bestimmt: sie gehört sowohl dem ökonomischen System als auch der Lebensweise an, und nicht nur Betriebe stellen Ansprüche an die Nutzung von Arbeitskraft, auch Arbeitende haben Ansprüche an Qualität und Gestaltung des Arbeitsprozesses. Entscheidungen über Erwerbskonstellation und Arbeitsteilung im Haushalt („Arbeit“), über Reproduktion, Bildung, Informationsgebrauch und Konsumverhalten („Lebensweise“) fallen außerhalb der Ökonomie, aber in Reaktion auf ökonomische Gegebenheiten, unter Berücksichtigung ökonomischer Kalküle und mit massiven ökonomischen Konsequenzen. Bildungserwerb und Erwerbsbeteiligung entscheiden gleichermaßen über materielle wie soziale oder kulturelle Teilhabe.

Mit den Begriffen Produktions- und Sozialmodell wird der sozioökonomische Entwicklungszusammenhang als Ergebnis von Strategien, institutionellen Ordnungen und Regulierungen aufgefasst. Das Produktionsmodell, das mikroanalytisch auf Ebene des Betriebs oder Unternehmens zu beobachten ist, steht für einen typischen Zusammenhang von markt- bzw. geschäftspolitischen Strategien von Unternehmen, typischen Formen der Betriebsorganisation sowie der sie rahmenden institutionellen Ordnung. Die Gesamtheit der gesellschaftlichen Institutionen und Regulierungen dagegen, die eine Gesellschaft in die Lage versetzen, unter Bedingungen einer Marktökonomie „als eine durch wechselseitige Abhängigkeitsbeziehungen verbundene Gesamtheit zu existieren“ (Castel) kann als Sozialmodell gelten. Das Sozialmodell, das die mikroanalytisch zu beobachtende Lebensführung der Haushalte rahmt, umfasst also viel mehr als ein bestimmtes Sozialstaatsregime. Auch hier bilden Produktions- und Sozialmodell ein nur analytisch zu unterscheidendes Ganzes, nicht etwa getrennte Gegenstandsbereiche. Die gleichen Normen oder Institutionen (man denke etwa das Arbeitsrecht oder das Bildungssystem) können das Produktions- wie das Sozialmodell tragen.

Dem vorliegenden Berichtsansatz liegt also die Vorstellung zugrunde, dass wirtschaftliche Leistung gesellschaftlich eingebettet ist und wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in Wechselwirkung stehen. Unterstützen sie einander, so schlägt sich dieser dynamische Verstärkungszusammenhang nicht nur in ökonomischen, sondern auch in gesellschaftlich positiv bewerteten sozialen Erträgen nieder. Möglich ist jedoch auch eine Entkoppelung ökonomischer und sozialer Erträge, sei es in einer Übergangssituation oder in einem neuen Gesell-

schaftsmodell. Der sozioökonomische Berichtsansatz will Wechselwirkungen zwischen sozialer und ökonomischer Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland empirisch untersuchen und in möglichst vielen Dimensionen anhand geeigneter Indikatoren beschreiben. Dabei bildet die Annahme eines Umbruchs des (west-)deutschen Produktions- und Sozialmodells eine Heuristik auf der Suche nach Veränderung: Wir gehen davon aus, dass der für die Nachkriegsjahrzehnte charakteristische Zusammenhang von ökonomischer Effizienz und sozialen Erträgen zunehmend entkoppelt wird, und die Suche nach einer neuen Balance zwischen ökonomischen und sozialem Leistungssystem auf der Tagesordnung steht.

Was die Umbruchshypothese betrifft, so argumentieren wir, dass das fordistische Produktions- und Sozialmodell der Nachkriegszeit „zwar keine Symmetrie, aber eine Gleichgerichtetheit von ökonomischem Wachstum und sozialem Fortschritt“ bewirkt hatte. Es ist bis heute Bezugspunkt für die öffentliche Wahrnehmung geblieben, die wirtschaftliche Dynamik dieses Modells hat sich jedoch ab Mitte der 1970er erschöpft (SOEB I, S. 12). Das Wechselverhältnis von Sozialem und Ökonomischem stellt sich viel spannungsreicher dar als in den 70er Jahren, Störungen nehmen zu. Im ersten Bericht wurde dies anhand folgender Themenkomplexe untersucht:

- Reorganisation von Unternehmen in Verbindung mit der Produktivkraftentwicklung,
- Informatisierung und digitale Spaltung.
- sichere und unsichere Erwerbsbeteiligung,
- verschiedene Verdienermodelle der Haushalte,
- wechselseitige Durchdringung von Erwerbsarbeit und privater Lebensführung (Zeitmuster),
- ungleiche Verteilung von Bildung und Wissen,
- Verhältnis von informeller Haushaltsproduktion und formeller Dienstleistungsökonomie,
- Beitrag verschiedener Formen von Engagement und politischer Partizipation zu gesellschaftlicher Teilhabe,

In der nun beginnenden zweiten Berichtsphase wollen wir mehr als bisher darüber hinausgehen, *Auswirkungen* großer sozioökonomischer Wandlungsprozesse auf Arbeit und Lebensweisen zu betrachten: Die Frage, wie veränderte Arbeits- und Lebensweisen eigentlich *hergestellt* werden, bedarf größerer Beachtung. Die Erfassung von Resultaten des gesellschaftlichen Wandels für Wohlfahrt und Teilhabe der Individuen („Outputs“) bleibt erforderlich, doch kann sich sozioökonomische Berichterstattung darauf immer weniger beschränken. Daher

versucht unser Berichtsansatz verstärkt, etwa die Beiträge des gesellschaftlichen Institutionensystems (Werkstattgespräch 2), von Haushalten (Werkstattgespräch 5) oder die gesellschaftliche Vermittlungsfunktion von Betrieben (Werkstattgespräch 4) zu berücksichtigen sowie deren Wechselwirkungen untereinander in die Beobachtung einzubeziehen.

2. Forschungsperspektive: Arbeit und Lebensweisen im Spiegel der Haushalt-ökonomie

Der Begriff der Lebensweise steht in der Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung für „die subjektiven Motivbündel und Interessenskonstellationen, mit denen Personen und Haushalte eine Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung anstreben und ökonomisch mehr oder weniger stabilisiert auch tatsächlich einnehmen“ (Bartelheimer u. a. 2003: 30 f). Dabei werden die Beziehungen zwischen Ökonomie und Lebensweise durch Arbeit – d.h. durch Erwerbsarbeit und informelle Arbeit (s.u.) – vermittelt und durch Märkte, politische Instanzen und gesellschaftliche Institutionen vielfältig reguliert. In der Konsequenz können sich Ökonomie und Lebensweise wechselseitig verstärken – oder in einem Widerspruch zueinander stehen und einander stören. Mit der Betrachtungsweise, die Motive der Lebensweise als relativ unabhängigen Pol der sozioökonomischen Entwicklung anzunehmen, lassen sich Ökonomie und Politik auch von der Gesellschaft her interpretieren (Kocka 2002: 19). Gesellschaftliche Individuen entwickeln eigensinnige Bedürfnisse und Lebensziele. Für deren Realisierung kommt es nun darauf an, ob die Ökonomie geeignete Ressourcen bereitstellt, oder ob diese Bedürfnisse ignoriert und die Mittel zur Realisierung verweigert werden. Umgekehrt können von Veränderungen der Lebensweise Veränderungen ausgehen, die Anpassungen seitens des ökonomischen Systems provozieren. Würden sich die Lebensziele von Individuen vollständig von ökonomischen Interessen kolonialisieren lassen, wäre vermutlich nicht nur die Grundannahme dieses Berichtsystems hinfällig, sondern gesellschaftliche Entwicklung überhaupt in Frage gestellt. Für die Berichterstattung wurde ein weiter Begriff von Lebensweise zu Grunde gelegt, die ihren Ausdruck unter anderem findet in

- der Gestaltung primärer Sozialbeziehungen (Haushaltsform, Form des Zusammenlebens, Geschlechterverhältnis),
- biographischen Orientierungen (Lebensplanung),
- persönlichen Bestimmungsgründen des Arbeitskraftangebots (Erwerbsneigung, Arbeitsorientierung, Erwerbskonstellation des Haushalts),
- Muster der Zeitverwendung
- Muster der Arbeitsteilung in der Haushaltsproduktion,

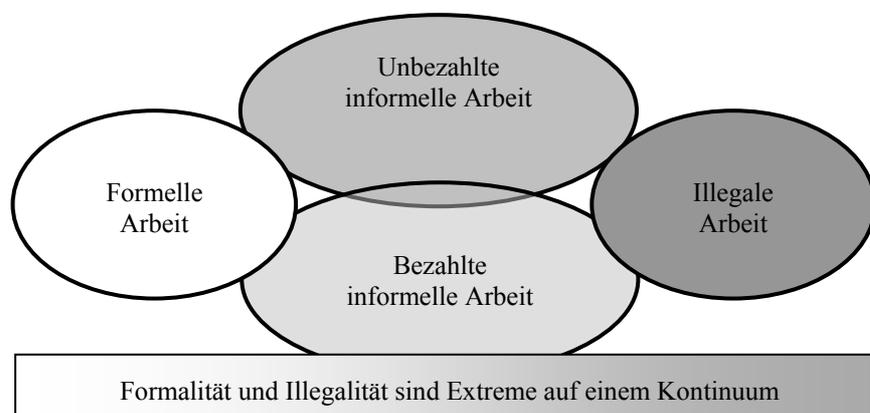
- Muster des Arbeitseinsatzes in der Erwerbsarbeit,
- Verbrauchsmuster bei Gütern und Dienstleistungen,
- Formen des Lernens und des Umgangs mit Informationen.

Die Berichterstattung legt einen weiten Arbeitsbegriff zugrunde, der neben der Erwerbsarbeit auch die Vielfalt informeller Arbeitsformen zu fassen versucht. Unter informeller Arbeit werden nicht-normierte Formen der sozialen Regulation von Arbeit verstanden. Dies beginnt bei der Haushaltsproduktion, das heißt den Leistungen, die Privathaushalte und Familien in Eigenarbeit, Selbsthilfe oder gegenseitiger Unterstützung unentgeltlich erbringen – zum Beispiel in Form alltäglicher Hausarbeit, familiärer Kinderbetreuung, häuslicher Kranken- und Seniorenpflege oder dem Hausbau in Selbsthilfe – über unbezahlte Arbeit für andere – zum Beispiel in Form von Netzwerkhilfe oder bürgerschaftlichem Engagement – bis hin zu großen Teilen sogar bezahlter Dienstleistungsarbeit in privaten Haushalten oder auch am Fiskus vorbei organisierter, monetär entlohnter Schwarzarbeit (vgl. u.a. Glatzer 1986, Teichert 1999, Hilpert/Hotopp/Kistler 2000). Gemeinsam ist diesen Erscheinungsformen informeller Arbeit, dass sie erstens das sogenannte *Drittpersonenkriterium* erfüllen, das die unbezahlten Arbeiten von anderen Aktivitäten abgrenzt, die nicht als Arbeit definiert werden. Das heißt, zur Abgrenzung von Produktion bzw. von Dienstleistungen gegenüber anderen Aktivitäten werden nur jene Aktivitäten als (unbezahlte) Arbeit gewertet, die grundsätzlich auch von Dritten gegen Bezahlung übernommen werden können. Dieses Kriterium zielt darauf, alle Tätigkeiten oder hergestellten Güter in ein ökonomisches Betrachtungs- oder Bewertungssystem einzubeziehen, die grundsätzlich auch über Märkte abgewickelt werden könnten. Zweitens ist den erwähnten Erscheinungsformen bis in den Graubereich bezahlter informeller Arbeit hinein gemeinsam, dass ihnen selbst die *grundlegenden Standards von formalisierter Lohn- bzw. Erwerbsarbeit fehlen*: Das beginnt beim rein äußerlichen Fehlen eines Betriebes, an dessen ein Haushalt oder beim Ehrenamt eine Gruppe oder ein Verein tritt; in der Regel fehlen formale Arbeitsverträge, die Arbeitsleistung und Entgelthöhe regeln, ebenso wie ein Mindestmaß an Entgelt- bzw. sozialer Sicherheit (etwa durch Sozialversicherungsschutz). Das heißt, die Charakterisierung als informelle Arbeit resultiert aus der Gegenüberstellung zur freien, geregelten Lohnarbeit (als vorherrschend-formeller Form von Arbeit) und den dadurch garantierten Zugangsrechten zu sozialstaatlichen und tarifvertraglich festgelegten Leistungen – in Gestalt entsprechender Institutionen bzw. Normen. Daraus folgt aber drittens, dass die mit informeller Arbeit eingegangenen Verhältnisse *keine Rechtsansprüche begründen, sondern auf Erwartungssicherheit basieren* (Münkler 2003). Die Erwartungssicherheit selbst beruht auf Ver-

trauen und Normen der Reziprozität, die wiederum an verwandtschaftliche, private (im sozialen Nahbereich) und institutionelle Netzwerkbeziehungen gebunden sind und somit deren Nutzen für die darin involvierten Akteure repräsentieren.

Dennoch, trotz aller begrifflicher Bemühungen, informelle Arbeit definitorisch abzugrenzen (vgl. Erlinghagen 2000), bleiben die Grenzen zwischen formeller – an Normalitätsstandards orientierter – Erwerbsarbeit und informeller bis hin zu illegaler Arbeit fließend (vgl. Abbildung) und werden in unterschiedlichen Entwicklungsstadien auch verschieden debattiert (vgl. Neef 2003: 260). Das gründet zum einen darauf, dass Normen und Institutionen, die Formalität erzeugen und Illegalität definieren, historisch veränderbar sind – und mit ihnen ändert sich die Grauzone der Informalität. Zum andern erweisen sich schlicht die Zuordnungen von Arbeit in die Kategorien von formeller, informeller und illegaler Arbeit als schwierig, da nicht selten die Art der betrachteten Tätigkeit – z.B. Kinderbetreuung – dieselbe bleibt und nur ihre Ausführung in unterschiedlichen Arrangements erfolgt – z.B. in Form der formellen Erwerbsarbeit einer Kindererzieherin, in Form informeller unbezahlter Arbeit im Rahmen der Haushaltsproduktion, in Form geringfügig entlohnter Nachbarschaftshilfe oder in Form illegaler Schwarzarbeit in einem Privathaushalt durch eine Migrantin ohne rechtliche Arbeitserlaubnis.

Übersicht 2: Grauzonen zwischen Formalität – Informalität – Illegalität.



Quelle: Altvater/Mahnkopf 2002 (geringfügig verändert); Darst. Inifes 2003.

Die Entwicklung von formeller und informeller Arbeit ist unmittelbar mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung verbunden und ebenso mit dem Status und den Rollen, die Männer und Frauen in der Gesellschaft zugewiesen werden. Der Ausbau des Sozialstaats noch unter den Bedingungen des Fordismus hat für Männer und Frauen Freiräume geschaffen und unzweifelhaft den Wunsch nach individueller Gestaltung des Lebensverlaufs gestärkt. Damit einher gingen nicht nur eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung von vor allem verheira-

teten Frauen und Müttern, sondern auch steigende Scheidungsraten, ein höheres Heiratsalter und spätere bzw. unterlassene Mutterschaft. Zusammen genommen weisen diese Faktoren auf den Sachverhalt hin, dass Frauen in zunehmendem Maße eine dauerhafte Erwerbstätigkeit planen und entsprechend ihren Lebensverlauf gestalten. Diese Entwicklung steht in Wechselwirkung zum demographischen Wandel: Einerseits ist dieser auch Ausdruck der ‚sexuellen Revolution‘ in den 60er Jahren, wodurch das Ideal der bürgerlichen Kleinfamilie in Frage gestellt wurde, andererseits wird gerade durch den Trend zu kinderlosen Paaren bzw. zu Ein-Kind-Familien Frauenerwerbstätigkeit zur Selbstverständlichkeit.

Diese massiven Veränderungen in der Erwerbsorientierung und im Selbstverständnis von Frauen haben aber den traditionellen Geschlechterkontrakt letztlich nur begrenzt in Frage gestellt, denn die Reproduktionsarbeiten innerhalb der privaten Arbeitsteilung verbleiben weitgehend im Verantwortungsbereich der Frauen (vgl. WSI/Inifes/Forschungsgruppe Tondorf 2002). Dieser Trend zur Doppel- und Mehrfachbelastung wird von der überkommenen Sozial- und Steuerpolitik verstärkt, die gerade in Deutschland Kindererziehung noch größtenteils „dem privaten Haushalt“ zuschreibt (und in Gestalt des Ehegattensplittings auch honoriert) und dadurch den Erwerb ausreichender eigenständiger Versicherungsansprüche verhindert (vgl. ebenda). Sozialpolitik und die Situation auf dem Arbeitsmarkt verstärken sich hier wechselseitig: einerseits wird die Zuständigkeit der Frauen für die Reproduktion durch die Abhängigkeit vom Einkommen des Mannes zementiert, andererseits dient gerade dieser Umstand vielfach als ‚Rechtfertigung‘ für geringfügig entlohnte und sozial ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse. Vor diesem Hintergrund erweisen sich Umbrüche in der Arbeitsorganisation insbesondere bei unverändert bleibender Ausrichtung der Sozialpolitik auf die Hausfrauenehe als zwiespältig: Ein geringeres Fraueneinkommen und der überkommene Verweis der Reproduktionsarbeit in den Verantwortungsbereich der Frauen zementieren das ‚alte‘ bzw. das ‚fordistische‘ Geschlechtermodell, während diesem zeitgleich die finanzielle Basis durch die sinkenden und unsteten Männereinkommen genommen wird, wodurch ein Zwang zum Doppelverdienerhaushalt entsteht – in diesem Sinne wird dem traditionellen Familienernährermodell die Grundlage entzogen.

Die Abschwächung der fordistischen Geschlechterordnung spiegelt sich in einer weiteren Entwicklung: die dezentralisierten „flexiblen Akkumulationsprozesse“ (Harvey 1989) haben auch zur Entstehung einer neuen beruflichen Kaste der globalen ‚Arbeiter‘ beigetragen, die gut ausgebildete Frauen mit einschließt (Young 1999: 5). Als ein Ergebnis des expandierenden internationalen Dienstleistungssektors gelingt es allmählich auch jungen, gut ausgebildeten Frauen, in die mittleren und oberen Ränge der Wirtschafts-, Finanz- und Medienwelt der

„global cities“ einzudringen (ebenda) – wenn auch nur in einem schmalen Spalt. Insofern entwickelt sich eine neue Arbeitsmarktsegregation, in Form von mehr Gleichberechtigung zwischen den höchstqualifizierten Männern und Frauen auf der einen und wachsender Ungleichheit zwischen den einfach qualifizierten erwerbstätigen Schichten auf der anderen Seite. Damit stellen sich aber – insbesondere mit Blick auf Familienhaushalte – die Fragen: „Wer erledigt die Hausarbeit? Wer macht die ‚Mutterarbeit‘?“ Diese Umstände verweisen auf den Zusammenhang von formeller Erwerbsarbeit und informeller Arbeit im Haushalt: Letztere kann mit hoher Wahrscheinlichkeit unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen nur solange ihren Betrag zur Wohlfahrtsproduktion leisten, solange das Erwerbsarbeitsvolumen zwischen Männern und Frauen ungleich verteilt ist. „Die Frage nach den Wohlfahrtseffekten der Arbeit lässt sich schon heute nicht mehr ohne Berücksichtigung der Nichterwerbsarbeit beantworten“ (Spangenberg/Lorek 2002: 456).

3. Das Veranstaltungsprogramm

Die angesprochenen Entwicklungen sprechen für Veränderungen in den Konsumformen, in Richtung einer verstärkten Auslagerung von Arbeit aus den Haushalten, also des Konsums von Dienstleistungen: Zumindest scheint die Auslagerung von Hausarbeit für eine wachsende Zahl von wohlhabenden Erwerbstätigen, die immer mehr Zeit in ihren Büros verbringen, eine reale Alternative zu sein. Und auch die zunehmende Erwerbsbeteiligung von verheirateten Frauen und Müttern erodiert zumindest teilweise die Selbstverständlichkeit, mit der bislang auf deren Eigenarbeitspotentiale zurückgegriffen wurde. Vor diesem Hintergrund – und in Kombination mit demographischen Veränderungen, die beispielsweise die Nachfrage nach Dienstleistungen für ältere Personen erhöhen können – wird vermehrt und aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven darauf verwiesen, dass die Auslagerung von Reproduktionsarbeiten auf den Markt möglicherweise die Krise des Wohlfahrtsstaates beenden könne (Esping-Andersen 1998) oder – eingebunden in die Kommodifizierung des gesamten informellen Sektors – ein neues Akkumulationsregime mitbegründen könnte (Aglietta 2000). Sowohl die bereits zitierten Entwicklungen als auch die genannten theoretischen Perspektiven basieren aber auf der Bedingung von Dienstleistungen zu günstigen Kosten: „Werden diese Dienstleistungen über den Markt eingekauft, dann müssen folglich auch große Einkommensunterschiede in Kauf genommen werden. Sind Gesellschaften nicht bereit, so hohe Differenzen des Lohnniveaus zu akzeptieren, dann wird diese Entwicklung durch das Baumolsche ‚Kostendilemma‘ verhindert werden“ (Young 1999: 10).

Wenn die Auslagerung von Reproduktionsarbeit aus den Haushalten zu einer wirksamen Strategie wirtschaftlicher Entwicklung führen soll, muss jedoch nicht nur die Nachfrage nach Dienstleistungen berücksichtigt werden, sondern auch die Angebotsseite. Offen blieb die Frage, wer unter welchen Bedingungen die Reproduktionsarbeiten der niedrig bezahlten DienstleisterInnen erledigen soll:

„Wollte man sich vorstellen, dass ein wirklich großer Teil der häuslich-familiären Versorgungsarbeit vom formellen Sektor übernommen würde, so müsste man das Gesetz der „demokratischen Wohlstandsverteilung“ berücksichtigen, das Harrod (1958) gleichsam im Vorübergehen formuliert hat: In der großen Masse kann bei Gleichverteilung im Durchschnitt jeder nur so viel an Diensten von anderen bekommen, wie er/sie auch selbst wieder für andere erbringt. Wenn es mehr sein soll, so nur auf Kosten anderer, die weniger bekommen; dazu muss die Verteilung ein beträchtliches Maß an Ungleichheit ansteuern. Das aber ist weder mit dem Demokratie- noch mit dem Nachhaltigkeits-Prinzip vereinbar“ (Kristof/Scherhorn 2002: 527).

Dies verweist auf Fragen nicht nur nach der sozialen Tragfähigkeit dieser Entwicklung, sondern auch nach deren wirtschaftlichen Implikationen: Während das fordistische Konsummodell seine produktiven Rückkoppelungseffekte gerade durch seine breite gesellschaftliche Durchdringung erhielt, setzt die Strategie der *marktförmigen* Auslagerung von Dienstleistungen gerade nicht auf möglichst umfassende Inklusion, sondern auf die immanente Exklusion der niedrigbezahlten DienstleisterInnen. Im Gegensatz dazu verweisen einige Untersuchungen darauf, dass in der erwerbsförmigen Verlagerung von bisher privat geleisteter Arbeit auch etliche soziale und ökonomische Chancen liegen – und zwar dann, wenn die Verlagerung nicht marktförmig, sondern über den *Ausbau von staatlich bzw. staatlich geförderten sozialen Dienstleistungen* (Staat und Dritter Sektor) erfolgt.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen bitten wir zunächst *Birgit Geissler*, auf den potentiellen Bedarf von erwerbsförmigen, haushaltsbezogenen Dienstleistungen einzugehen, der sich möglicherweise aus den veränderten Anforderungen der Erwerbsarbeit bzw. aus der Modernisierung der Lebensführung von Frauen ergibt. Von welchen Faktoren ist die Nachfrage abhängig? Welche Rolle spielen neben der sozio-ökonomischen Situation des Haushalts die Lebensentwürfe und Deutungsmuster der Mitglieder, ihre Beziehungsformen und Lebensstile, ihr Wissen und ihre Kompetenzen sowie die vorhandenen Gelegenheitsstrukturen? Warum bleibt der Bedarf bislang latent? Wo könnte in Zukunft die Grenze zwischen privater Lebensführung und öffentlicher Sphäre gezogen werden?

Während also zunächst unser Interesse v.a. den sozialen und kulturellen Bedingungsfaktoren einer erwerbsförmigen Verlagerung von haushalts(naher) Arbeit gilt, bitten wir *Claudia*

Gather, kritisch zu den möglichen Folgen der Kommodifizierung von bislang privat geleisteten Arbeit Stellung zu nehmen: Wie lassen sich – im Kontext von Überlegungen zur sozialer Ungleichheit – die verschiedenen Organisationsmodi von Haushalts- und haushaltsnaher Arbeit diskutieren und bewerten? Welche Konsequenzen müssen bei der erwerbsförmigen Verlagerung von haushaltsnahen Dienstleistungen bedacht werden – sowohl aus der Perspektive der nachfragenden Haushaltsmitglieder als auch aus der Perspektive der Dienstleistenden?

Mit *Karen Jaehrling* wollen wir nationale und internationale Erfahrungen mit den Wechselwirkungen des Ausbaus sozialer Dienstleistungen und der Beschäftigungsentwicklung in den Mittelpunkt rücken: Welche Rolle spielt der Organisationsmodus (öffentlich/marktförmig/privat) von haushalts(nahen) bzw. sozialen Dienstleistungen für die Beschäftigungsentwicklung? Wie interagieren Organisationsmodus und Beschäftigungsentwicklung? Welche Stellung nimmt Deutschland im Vergleich zu vergleichbaren Ländern in dieser Hinsicht ein? Welche ökonomischen und sozialen Faktoren begünstigen eine positive Beschäftigungsentwicklung durch den Ausbau von Dienstleistungen? Wie notwendig ist es in diesem Zusammenhang, die häufig gemachte Gleichsetzung von einfacher Arbeit und haushaltsnaher bzw. sozialer Dienstleistungsarbeit zu hinterfragen? Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus für die politische Regulierung ziehen?

Nachdem im ersten Teil des Werkstattgesprächs ein großer Bogen vom Bedarf nach neuen Dienstleistungen über deren Organisationsform bis zu den erwartbaren sozialen und ökonomischen Implikationen gespannt wird, widmet sich der zweite Teil den damit verbundenen Themenbereichen Zeitverwendung, Konsum sowie den kinder- und jugendspezifischen bzw. altersspezifischen Dienstleistungsbedarfen.

Axel Schaffer beschäftigt sich mit der Zeitverwendung der Gesamtbevölkerung. Er arbeitet mit sozioökonomischen Input-Output-Tabellen (SIOT), in denen Aktivitätsmuster (gemessen in Stundenvolumina) in das Zentrum der Analyse gestellt werden.

Die SIOT in Zeiteinheiten bilden gemeinsam mit Input-Output-Tabellen, die monetäre und Stoffströme (CO₂) messen, ein integriertes System. Dieses umfasst das gesamte Tätigkeitspektrum und differenziert nach Aktivitäten der Eigenarbeit und der Erwerbsarbeit sowie nach persönlichen Aktivitäten. Im Rahmen des Werkstattgesprächs bitten wir Axel Schaffer, anhand einiger Fragestellungen den Nutzen dieses methodischen Makro-Ansatzes darzustellen: Wie unterscheiden sich die Aktivitätsmuster von verschiedenen Alters- und Bevölkerungs-

gruppen? Welche Salden lassen sich beobachten? Empfängt eine Bevölkerungsgruppe, mehr Zeit als sie verwendet, und wer wendet diese Zeit auf? Verändern sich die Aktivitätsmuster, und welche Folgen können daraus abgeschätzt werden? Welche Auswirkungen hätte beispielsweise eine gesamtgesellschaftliche Reduzierung der jährlichen Erwerbsarbeitszeit?

Mit dem Beitrag von *Wencke Gwozdz* bleiben wir zunächst bei der Zeitverwendung, wechseln jedoch die Beobachtungsebene: Statt einer Makrobetrachtung steht nun die individuelle Zeitverwendung, also die Mikroebene, im Vordergrund. Wencke Gwozdz betrachtet auf der Basis der Zeitbudgeterhebungen des statistischen Bundesamtes den Umfang und die Organisation von privater Haushaltsarbeit. Von besonderem Interesse für die Berichterstattung ist dabei die Frage, ob und in welchem Ausmaß eine Veränderung der geschlechtsspezifischen Arbeitteilung in Paar- bzw. Familienhaushalten zu beobachten ist. Welche Faktoren bestimmen den Aufwand für Haushaltsarbeit und wie beeinflussen diese die Aufteilung der Haushaltsarbeit in eine eher partnerschaftliche oder in eine eher traditionelle Lösung?

Mit dem Beitrag von *Marc Ingo Wolter* kommen wir von der Zeit zum Geld und rücken den Konsum privater Haushalte in den Mittelpunkt: Welchen Einfluss hat eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur, am Beispiel des demographischen Wandels, auf den zukünftigen Konsum, insbesondere auf die Konsumstruktur? Auch in diesem Beitrag geht es – neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema – auch um die Darstellung und Diskussion eines innovativen methodischen Ansatzes: Marc Ing Wolters wird die Veränderungen der Konsums mit Hilfe eines komplexen sozioökonomischen Modells modellieren. Grundsätzlich eröffnet dieser Ansatz perspektivisch viele weitere Möglichkeiten, z.B. lassen sich auf diese Weise auch die Wirkungen einer veränderten Einkommensstruktur auf die Konsumnachfrage bzw. die Beschäftigung abschätzen.

Mit dem Beitrag von *Christian Alt* widmen wir uns einem spezifischem Bereich von sozialer Arbeit und deren Bedeutung für ihre „Klienten“ – nämlich für die Kinder und Jugendlichen: Erziehungs- und Sorgearbeit lediglich mit Blick auf deren Beschäftigungswirkungen bzw. aus dem Blickwinkel von gelingender bzw. misslingender Vereinbarkeit zu diskutieren, wäre mit Sicherheit zu kurz gegriffen. Aus diesem Grund bitten wir Christian Alt – u.a. auf Basis seiner Arbeiten im Rahmen der Familienberichterstattung – Kindheit im Kontext von Familie, Peergroup und Schule zu beleuchten. Welchen Einfluss hat derzeit die Lebenslage auf das Wohlbefinden von Kindern und die Entwicklung ihrer sozialen Kompetenzen? Welche Rolle

spielen dabei die unterschiedlichen Betreuungsarrangements? Welche Prognosen lassen sich auf Basis der umfangreichen Forschungen am DJI über die sozialen Folgen von alternativen Entwicklungspfaden im Rahmen der Kinder- und Jugendbetreuung geben?

Der Beitrag von *Andreas Motel-Klingebiel* thematisiert den Dienstleistungsbedarf in einer alternden Gesellschaft. Auf Basis seiner Forschungstätigkeiten am Zentrum für Altersfragen bitten wir ihn, sowohl formelle als auch informelle Dienstleistungsbedarfe von älteren Menschen zu beleuchten. Dabei interessiert uns insbesondere die Realisierung dieser Bedarfe im Kontext der sozialen Lage alter Menschen: Von welchen Faktoren und Konstellationen wird das Versorgungsniveau beeinflusst? Welche Veränderungen zeichnen sich in diesem Zusammenhang ab?

Literatur:

- Zapf, W. 1978: Einleitung in das SPES-Indikatorensystem, in: ders. (Hrsg.): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik, Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, Frankfurt a.M. (u.a.): 11–27.
- Castel, R. 2000: Die Metamorphosen der sozialen Frage, Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.
- Castel, R. 2001: Überlegungen zum Stand der sozialen Frage heute: Aushöhlung, Zusammenbruch oder Reorganisation der sozial abgesicherten Erwerbsarbeit, in: IfS-Mitteilungen, Heft 12, Frankfurt a.M.: 81–117.
- Bartelheimer, P./Wittmann, K.-P. 2003: Lebensweise – unterschätzte Kategorie im Schatten der Ökonomie, in: SOFI-Mitteilungen, Nr. 31: 29–52.
- Kocka, J. 2002: Sozialgeschichte in Deutschland seit 1945, Bonn.
- Glatzer, W. (Hrsg.) 1986: Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe: Die alltäglichen Leistungen der Haushalte und Familien, Frankfurt a.M. (u.a.).
- Teichert, V. 2000: Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft. Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens, (WZB-Paper P 00-524), Berlin.
- Hilpert, M./Hotopp, U./Kistler, E. 2000: Schattenwirtschaft, Informelle Ökonomie und Dritter Sektor als Teile eines größeren Ganzen, in: BMBF (Hrsg.): Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung, Bonn: 69–111.
- Münkler, H. 2003: Bürgergesellschaft und Sozialstaat, in: Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat, Opladen: 15–26.
- Erlinghagen, M. 2000: Informelle Arbeit. Ein Überblick über einen schillernden Begriff, in: Schmollers Jahrbuch, Jg. 120, Nr. 2/2000: 239–274.
- Neef, R. 2003: Zum Begriff und zu den sozialen Funktionen der Schattenwirtschaft in Osteuropa, in: Soziale Welt, Jg. 54, Nr. 3: 259–284.
- Altwater, E./Mahnkopf, B. 2002: Globalisierung der Unsicherheit – Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Münster.
- WSI/INIFES/Forschungsgruppe Tondorf 2002: Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern, Bundestagsdrucksache 14/8952: 41–399.
- Harvey, D. 1989: The Condition of Post-Modernity, Oxford.
- Young, B. 1999: Die ‚Herrin‘ und die ‚Magd‘: Globalisierung und die neue internationale Arbeitsteilung im Haushalt. Vortrag am Renner-Institut Wien im September 1999, Manuskript, o.O.
- Spangenberg, J.H./Lorek, S. 2002: Lebensstandardmessung einschließlich nichtmarktlicher Dienstleistungen, in: Bosch, G./Hennicke, P./Hilbert, J./Kristof, K./Scherhorn, G. (Hrsg.): Die Zukunft von Dienstleistungen. Ihre Auswirkungen auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität, Frankfurt a.M. (u.a.): 455–481.
- Esping-Andersen, G. 1998: Summary of the speech by Prof. G. Esping-Andersen, in: Conference Report, Out of the Margin 2, IAFFE Conference, University of Amsterdam, June 5, 1998, Amsterdam.
- Aglietta, M. 2000: Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Harrod, R. 1958: The Possibility of Economic Satiety – Use of Economic Growth for Improving the Quality of Education and Leisure, in: Problems of United States Economic Development (Committee for Economic Development, Vol. I.), New York: 207–213
- Kristof, K./Scherhorn, G. 2002: Informelle Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft, in: Bosch, G./Hennicke, P./Hilbert, J./Kristof, K./Scherhorn, G. (Hrsg.): Die Zukunft von Dienstleistungen. Ihre Auswirkungen auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität, Frankfurt a.M. (u.a.): 513–537.